

TISZA UND DIE SÜDSLAWISCHE FRAGE WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES

VON

JÓZSEF GALÁNTAI

Bei Ausbruch des Weltkrieges waren in erster Linie die über Autonomie verfügenden Kroaten, aber auch die in Ungarn lebenden Nationalitäten, in ihrer nationalen Entwicklung weit vorangeschritten, und das nicht nur im Vergleich mit der Zeit des Ausgleichs, sondern auch gegenüber der Jahrhundertwende. Der frühere agrargesellschaftliche Charakter der in Ungarn lebenden Nationalitäten – darunter auch der serbischen Bevölkerung – erfuhr um die Jahrhundertwende eine stürmische Wandlung. Es bildete sich eine relativ bedeutende Mittelschicht der Bourgeoisie heraus, welche neben der früheren Schicht der Intelligenz zur führenden Klasse der Bewegung wurde.

Obwohl die Politik der Magyarisierung, die Auswanderung, sowie die natürliche Assimilation die Proportionen zwischen den Nationalitäten und der ungarischen Bevölkerung einigermaßen verringerte, bildeten die Nationalitäten auch jetzt noch mehr als die Hälfte der Landesbevölkerung. Den offiziellen Angaben der Volkszählung von 1910 zufolge waren von der 20 886 487 Personen zählenden Bevölkerung des ungarischen Reiches 10 835 912 Personen keine ungarischen Mutterspracher.¹

Die nationale Bewegung der in Ungarn lebenden Nationalitäten verband sich bis zum Ausbruch des Krieges mit dem Anspruch auf territoriale Autonomie, was sich jedoch wegen des von der Regierung vertretenen Prinzips „Eine politische Nation“ nicht legal artikulieren konnte. Kroatien, welches über territoriale Autonomie verfügte, strebte eine gegenüber Ungarn gleichberechtigte Rechtsstellung an. Während des Krieges gehen die Nationalitäten zu einer Sezessionspolitik über, und treten damit in einem neuen Abschnitt ihrer nationalen Bewegung ein. Latente Tendenzen dieser Richtung bestanden auch schon früher, sie zeigen sich jedoch vor dem Krieg nachweisbar nur in Kreisen der serbischen Bevölkerung zur Zeit der Balkankriege.

Am Anfang des Krieges äußerten sich die offiziellen Vertreter der Nationalitäten, die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der griechisch-orthodoxen Kirche im Geist der Loyalität. Diese Äußerungen drückten nicht die Ansichten der nationalen Minoritäten, die mehr als die Hälfte

der Bevölkerung des Landes bildeten, aus, obwohl es in einem Teil der slowakischen und kroatischen Bevölkerung gelang, eine Kriegsstimmung hervorzurufen. Die Auffassung der serbischen Bevölkerung – besonders der Intelligenz – kommt eher im Bericht des Innenministers vom Ende August zum Ausdruck: „Die außenpolitischen Beziehungen des Königreichs Serbien haben das nationale Selbstgefühl der Bevölkerung von Pancsova und Umgebung stark anwachsen lassen. Die serbische Bevölkerung der Stadt . . . , an der Spitze die Intelligenz und ihre Presse, verfolgen ein einziges Ziel: das Nationalgefühl, sowie das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den im Serbischen Königreich lebenden Serben zu pflegen . . . Die serbische Intelligenz der Stadt, welche bisher einen intensiven gesellschaftlichen Umgang mit der patriotisch gesinnten Bürgerschaft pflegte, zog sich völlig zurück, grenzte sich ab und beeinflusste auch das gemeine Volk, welches ihrem Beispiel folgt.“ Aufgrund dieser Sachlage beantragte der Innenminister finanzielle Unterstützung durch die Regierung – die er auch bekam –, um die Stärke der Gendarmerie von Pancsova zu erhöhen.²

Tisza rechnete damit, daß es im Falle eines Eindringens des Feindes in den von Nationalitäten bewohnten Gebieten zu offenen Aufständen kommen würde. In dem an den Herrscher gerichteten Memorandum vom 8. Juli, welches also noch während der Kriegskrise entstand, erwähnt er diese Möglichkeit für Siebenbürgen.³ Das gleiche befürchtete er für die südlichen Gebiete. Wie berechtigt seine Befürchtungen waren, zeigte sich, als die serbische Armee im Herbst 1914 in Syrmien einmarschierte und Ende 1916, als die rumänische Armee in die östlichen und südlichen Gebiete Siebenbürgens eindrang. Obwohl er sich in der Öffentlichkeit nicht dazu äußerte, kannte Tisza die wirkliche Stimmung unter den Nationalitäten sehr gut. Das zeigt sich bei der anfänglichen Art der Anwendung des „Ausnahmegesetzes“.

Bei der Umstellung des politischen Lebens und der Verwaltung auf den Kriegszustand spielte das Inkrafttreten des LXIII. Ges. – Art. von 1912 „Über die Ausnahmeverfügungen im Kriegsfall“ eine grundlegende Rolle. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden eine Reihe von Verfügungen herausgegeben, mit deren Hilfe man den kriegswichtigen Wirtschaftsmechanismus des Hinterlandes schuf und vervollkomnete. Das System des Ausnahmezustandes war nicht nur notwendig, um die Versorgung der kämpfenden Truppen zu sichern, sondern sollte gleichzeitig den Durchbruch der gesellschaftlichen Kräfte verhindern, die gegen den Krieg eingestellt waren. Das Gesetz aus dem Jahr 1912 sicherte der Regierung weitgehende Rechte, um im Kriegsfall die begrenzt liberalen Verhältnisse zu beseitigen, mit den Bewegungen der Nationalitäten abzurechnen, und die von der Arbeiterbewegung hart erkämpften Errungenschaften zu vernichten.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien machte die Regierung von der Rechtssphäre Gebrauch, die ihr durch das Ausnahmegesetz gegeben war; beginnend mit dem 26. Juli erließ sie mehrere Verfügungen, die zum Teil für das ganze Land, zum Teil für die

südlichen und östlichen, von Nationalitäten bewonten Grenzprovinzen gültig waren. In den von Rumänen und Serben besiedelten Komitaten wurde das Recht zur Vereinsbildung und das Versammlungsrecht begrenzt. Über diese Gebiete wurde das Standrecht verhängt, in den Städten die Inanspruchnahme der Gendarmerie angeordnet. Diese Maßnahmen gab Tisza am 28. Juli vor dem Abgeordnetenhaus mit der Bemerkung bekannt, es sei „unsere Pflicht, Ruhe und Ordnung im Land zu sichern und aufrechtzuerhalten, jede Regierungsmaßnahme zu ergreifen, die unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit unserer militärischen Operationen notwendig ist.“⁴

Die Ausnahmeverfügungen zielten anfangs eher auf die Einschüchterung der Nationalitäten. Später wurden sie immer mehr auch auf anderen Gebieten angewandt.

Das Vorgehen gegen die serbische Bevölkerung bestand in einigen Fällen in lokalen Atrozitäten, meist geschahen diese jedoch durch zentrale Initiativen. Am Tag nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien gab der Ministerpräsident folgende Anweisung an die Gespane: „Mit besonderem Nachdruck empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit die Behandlung der nichtungarischen Bevölkerung ... Man muß ihnen die Kraft zeigen, sie müssen sehen, daß jeder Versuch umsonst ist, und schon dem ersten Fall von individuellen oder kollektiven Straftaten muß eine beispielhafte Vergeltung folgen.“⁵ In einem an den Regierungskommissar der von Serben bewohnten Gebiete gerichteten Brief vom 5. September mahnt Tisza im Zusammenhang mit den lokalen Ausschreitungen zur Besonnenheit, fordert aber gleichzeitig eine „gegen die Schuldigen angewandte unerbittliche Strenge“ und ein Vorgehen „ohne viel Federlesen“.⁶

Der Wirkungskreis der in Kraft getretenen Ausnahmeverfügungen wurden auch auf Kroatien ausgedehnt, wo sie besonders gegen die serbische Bevölkerung angewendet wurden. Die Behörden gingen hier in erster Linie gegen die in Kroatien bestehenden Sokol-Vereine vor. Noch am 14. Juli unterrichtete der gemeinsame Kriegsminister, Kroatien, den ungarischen Ministerpräsidenten davon, daß in Kroatien-Slowenien „die Hauptagitatoren der großserbischen revolutionären Bewegung die serbischen Sokol-Vereine und die Popen sind.“⁷ Nach dem Ausbruch des Krieges wurden die Mitglieder und Führer der Sokol-Vereine dann auch verhaftet.

Vor dem Krieg hatte sich die ungarische Regierung für die inneren Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina wenig interessiert. Jetzt jedoch maß Tisza dem Umstand, daß die in Ungarn und Kroatien lebende serbische Nationalität und die in Bosnien lebenden Serben enge Bande verknüpften, einige Bedeutung bei. Nach dem Attentat erwähnt er in mehreren Briefen, daß er bisher, zu seinem jetzigen Bedauern, die Kontrolle der bosnischen Verhältnisse vernachlässigt hat.⁸ Eines der Hauptprinzipien in der Kriegspolitik des ungarischen Ministerpräsidenten bestand darin, daß es auch innerhalb der Monarchie nicht zu einer großserbischen Einheit kommen dürfe. Deshalb forderte er noch vor Kriegsbeginn einen Ministerratsbeschluß, der die eventuelle Annexion Serbiens verbot. Nicht nur die Hin-

wendung der Serben in Kroatien und Bosnien zu Serbien, sondern auch deren Vereinigungsbestrebungen innerhalb der Monarchie erfordern seiner Meinung nach Gegenmaßnahmen, für die jetzt, im Kriegszustand, die Zeit gekommen sei. Entsprechend dem dualistischen Prinzip wollte Tisza den am Anfang des Krieges erwarteten Zuwachs der Monarchie aufteilen. Auch das bisher als autonome Provinz behandelte Bosnien und Herzegowina zog er in Betracht. Wenn Österreich durch die polnischen Gebiete vergrößert wird, könnte man als Gegengewicht Bosnien und Herzegowina der ungarischen Krone einverleiben. Diese Überlegung ist auch die Ursache für die während des Krieges steigende Aufmerksamkeit, welche die ungarische Regierung Bosnien widmete.

Die Sympathie der in Ungarn, Kroatien und Bosnien lebenden Serben für den Krieg Serbiens fand auch unter den aussergewöhnlichen Verhältnissen häufig ihren Ausdruck. Wie wir sahen, erwähnte dies der Innenminister auf der Sitzung des Ministerrats vom 21. August 1914. Aber auch das bei der späteren Besetzung Serbiens erbeutete Aktenmaterial wirft Licht auf diesen Umstand, besonders das Archiv der Belgrader Narodna Odbrana. Daraus ist ersichtlich, daß die in serbische Gefangenschaft geratenen österreich-ungarischen Soldaten serbischer Nationalität häufig um Aufnahme in die serbische Armee baten. In den Aufzeichnungen sind 21 Soldaten Ungarns aufgeführt. Viele noch nicht gemusterte Jugendliche flüchteten nach Serbien, (die Liste erwähnt 29 Namen, hauptsächlich in Neusatz Ansässige), und traten freiwillig der serbischen Armee bei. Die Liste der Narodna Odbrana beinhaltet die Namen von 13 Personen, die aus der Armee der Monarchie in die serbische Armee flüchteten.⁹

Während des Vorgehens gegen die serbische Zivilbevölkerung kam es auch zu Reibereien zwischen den Kommandaturen der in Südungarn stationierten gemeinsamen Armeeeinheiten und der ungarischen Regierung. Das österreichische Ausnahmegesetz sicherte den Militärbehörden weitgehende Rechte gegenüber der Zivilbevölkerung, das ungarische Ausnahmegesetz dagegen erweiterte die Befugnisse der Regierungsbehörden, übertrug diese jedoch nicht auf die Militärbehörden. Die in Ungarn stationierten gemeinsamen Militärkommandaturen verfahren oft so, besonders in den zu militärischen Zonen¹⁰ erklärten Gebieten, als ob sie in Österreich wären, d. h. im Sinne der österreichischen Ausnahmeverfügungen. Das rief den Protest der ungarischen Behörden hervor. Schon Ende August hatte Tisza in Burián, Mitglied der ungarischen Regierung, der sich in Wien aufhielt, telegraphiert: „Das Unwesen der Befehlshaber der Armee, die die Regierung und die Behörden negligieren, nimmt immer größere Ausmasse an . . . Ich bitte Dich, unternimm in jeder Richtung alles nur Mögliche, damit diesem Wahnsinn ein Ende gesetzt wird . . . ich sehe mich gezwungen, Seine Majestät aufzusuchen, und die Frage des Kabinetts in ernstester Weise aufzuwerfen.“¹⁰ Bei diesen Reibereien ging es um die Bewahrung der Regierungssouveränität; gleichzeitig steht außer Zweifel, daß die Militärmaßnahmen sogar die zivilen Ausnahmebestimmungen an Schärfe übertrafen, und in diesem Sinn bedeutete das Auftreten der Regierung auch Schutz.

Bezeichnend für diese Reibereien ist der Fall von Sombor. Anfang September 1914 wurde auf einer chauvinistischen Demonstration von Soldaten und Zivilisten die Forderung erhoben, die kyrillischen Aufschriften an den Geschäften zu beseitigen. Ein serbischer Händler war dazu nicht bereit, flüchtete vor den Mißhandlungen der Menge in seine Wohnung und schoß von dort auf die Demonstranten. Die Zivilbehörden verhafteten ihn. Die gemeinsame Militärkommandantur von Sombor forderte seine Auslieferung und drohte dem Anwalt und dem Polizeihauptmann, diese ebenfalls zu verhaften, worauf man den Händler freigab. Aufgrund der Meldung des Bürgermeisters setzte man Tisza von dem Fall in Kenntnis, der daraufhin eine strenge Untersuchung gegen die Militärkommandantur von Sombor fordern wollte; diese handelte jedoch schneller: der Händler wurde vom Standgericht der Armee zum Tode verurteilt, und das Urteil sofort vollstreckt. Außerdem bestimmte die Militärkommandantur 12 Geiseln aus den Kreisen der serbischen Intelligenz und der Grundbesitzer und drohte, daß „wenn sich die Bevölkerung gegen die militärischen Maßnahmen erheben sollte und mit ihrer treulosen Haltung dem Wirken der Armee Hindernisse in den Weg lege, ... die Geiseln von den Militärbehörden ergriffen und sofort hingerichtet (würden).“¹¹ Wegen diesem Vorfall — gekoppelt mit ähnlich gelagerten Fällen wandte sich Tisza am 15. September in einem umfangreichen Memorandum direkt an den Oberbefehlshaber der Armee, Erzherzog Frigyes. In der Frage der Zuständigkeit zwischen den Militärbehörden und den ungarischen Regierungsbehörden“ (war) die Lage ... wirklich unhaltbar geworden“ — schrieb er —, und forderte energisches Vorgehen.¹²

Gegenüber den serbischen und ukrainischen Nationalitäten trat sowohl die ungarische Regierung, als auch die Armeeführung mit einschüchterndem, offenem Terror auf. Anders wurde mit den Slowaken und Kroaten verfahren. Schon aus rein militärischen Gründen vermied die Regierung hier ein eventuell Unruhe auslösendes Auftreten, weil sie zu Beginn des Krieges mit den slowakischen und kroatischen Regimentern als zuverlässige Truppen rechnete.

In Kroatien war die Regierung in den ersten Kriegsmonaten mit Repressalien und Präventivmaßnahmen gegen die Serben beschäftigt, bald ergaben sich jedoch auch Schwierigkeiten mit den Kroaten. In den Reihen der Kroaten verbreitete und verstärkte sich immer mehr die großkroatische Richtung, was vom Exponenten der ungarischen Regierung in Kroatien, dem Ban, Baron Iván Skerlecz, seit Ende 1914 ständig signalisiert wurde.¹³ Auch der ungarische Ministerpräsident legte Rechenschaft über die Ausmaße dieser Bewegung ab, wenn auch in seiner geringschätzigen Art, in der er sich gegenüber nicht zur Regierung gehörenden Personen über die Nationalitätenfrage äußerte. „Ein erheblicher Teil der Kroaten — schrieb er am 15. Februar 1915 an Leó Lánczy — befindet sich auf den Irrwegen der trialistischen Marotte eines Großkroatiens.“¹⁴

Eine unter kroatischer Führung stehende südslawische Einheit innerhalb der Monarchie, und damit eine trialistische Umwälzung war keine neue Konzeption, wurde aber nach Kriegsausbruch in Kroatien immer

mehr zur allgemein anerkannten Vorstellung. Die Stärkung dieser Richtung berührte keineswegs die Leistungsfähigkeit der kroatischen Armee – im Gegenteil, gerade im Zeichen dieser „austrophilen“, aber gleichzeitig kroatisch nationalistischen Zielsetzung war die Kampfbereitschaft der kroatischen Regimenter eine der besten. Das Zagreber Generalkommando unterstützte die Bewegung sogar.¹⁵ Das führte zu schweren Reibereien zwischen dem Exponenten der ungarischen Regierung, dem Banus, und dem Zagreber Militärkommandanten. Tisza war im Februar 1915 darüber so erbost, daß er an Burián, der damals gerade den Posten des gemeinsamen Außenministers bekleidete, schrieb: „Ich sehe mich gezwungen, die Absetzung des Zagreber Militärkommandanten zu fordern, sowie seinem Nachfolger ein kategorisches Verbot jeglicher Berührung mit oppositionellen Kräften auszusprechen.“¹⁶

Nach Ausbruch des Krieges trugen auch noch andere Faktoren dazu bei, die großkroatische Richtung zu stärken. In den Vorkriegsjahren hatte sich die Provinzialregierung des Bans auf die kroatisch-serbische Koalition gestützt und die Frank'sche Rechtspartei in die Opposition gedrängt. Aufgrund des äußerst engen Wahlrechts sowie durch den Wahlmechanismus erreichte die kroatisch-serbische Koalition die Mehrheit im Provinziallandtag, aber diese Regierungsbasis wurde schon zur Zeit der Balkankriege sehr labil, weil man sich nicht mehr auf den serbischen Flügel der Koalition stützen konnte. Károly Khuen-Héderváry, den Tisza als Fachmann der kroatischen Frage schätzte, schrieb dem Ministerpräsidenten am 7. August 1913: die Ereignisse auf dem Balkan hätten betreffs Kroatien „viele Illusionen zerstört. Von neuem bricht der traditionelle Gegensatz zwischen Kroaten und Serben auf.“¹⁷ Nach dem Beginn des Krieges gegen Serbien, und besonders nach den gegen die serbische Bevölkerung begangenen Atrozitäten konnte die Regierung nicht mehr mit den serbischen Politikern rechnen, die die Provinzialregierung bisher unterstützt hatten. Die den Ban unterstützenden Kroaten waren aber nur in einer Koalition mit den Serben in der Mehrheit. Auf diese Weise zerfiel die bisherige Regierungsbasis. Die trialistische Richtung der Frank-Partei rückte in den Vordergrund und wurde immer stärker.¹⁸ Demgegenüber hatte die ungarische Regierung, bzw. der Ban, keine verlässliche politische Basis mehr in Kroatien. Unter diesen Umständen versuchte der Ban mit kleineren Konzessionen Unterstützung zu gewinnen. So machte er sich im Sommer 1915 den kroatischen Standpunkt zu eigen, wonach anläßlich der großangelegten Ergebnisäußerung eine selbständige kroatische Delegation nach Wien gesandt werden sollte. Tisza aber – in der Meinung, dies werde die großkroatische Richtung noch mehr stärken – bestand auf einer gemeinsamen Delegation. Er setzte seinen Standpunkt auch durch, und rügte den Ban, der ansonsten ein verlässlicher Mann Tisza's war, in einem fulminanten Brief: „Es wird kein gutes Ende nehmen, wenn Du auf Schritt und Tritt entgegen Deinem eigenen Standpunkt versuchst hier oben die einen oder anderen auf kroatischer Seite aufgetauchten Bedenken durchzusetzen, anstatt diese in Deinem Wirkungsbereich, wenn möglich mit den Waffen der Überzeugung und Beruhigung, wenn nicht anders möglich

mit energischem Auftreten zu beseitigen. Du mußt leiten, führen – und Dich nicht schieben lassen.“¹⁹ Auch in späteren Briefen macht er dem Ban Vorwürfe wegen ähnlicher Nachgiebigkeiten und spornte ihn zu einer härteren Politik an.

Die zunehmende Härte in der kroatischen Politik der ungarischen Regierung wurde auch durch die Furcht vor den Aktivitäten kroatischer Emigrantenkreise hervorgerufen. Im Ausland nahmen sich zuerst die kroatischen Kolonien in den USA der kroatischen Bewegung an, welche sich die Trennung von Österreich-Ungarn zum Ziel gesetzt hatte. Die in Pittsburg erscheinende Zeitung „Hrvatski Glasnik“ hob schon in ihrer Ausgabe vom 4. Juli 1914 im Zusammenhang mit dem Attentat jenes Program hervor, welches die Zerstörung der Monarchie und die Schaffung eines selbständigen kroatischen Königreiches vorsah. Später verlagerte sich der Schwerpunkt der Bewegung nach Italien, wo die in der Emigration lebenden Mitglieder des kroatischen Parlaments eine führende Rolle einnahmen, unter ihnen Fran Supilo und Hinko Hinkowic, sowie der ehemalige Bürgermeister von Spalato (Split), Ante Trumbic. Die ungarischen Behörden stellten besonders im Raum von Supilo ausgedehnte Nachforschungen an, um die Verbindungen der Emigranten zu ihrer Heimat zu schneiden.²⁰ Die Repression gegen die kroatischen Emigrantenkreise war der Hauptursachen für das Zustandekommen des Gesetzes „über die Haftung mit dem Vermögen bei Vaterlandsverrätern“ (1915: XVIII. Ges. Art.).

Schon Anfang des Krieges bildete sich auch die fiumische Emigrantenbewegung in Italien heraus, welche die Anschlußbestrebungen von Fiume und Istria an Italien repräsentierte.²¹

Das Jahr 1914 und der Winter 1914/15 brachte für die Monarchie eine Reihe von Mißerfolgen auf den Kriegsschauplätzen. An der russischen Front erlitten die österreich-ungarischen Streitkräfte in mehreren großangelegten Zusammenstößen eine mit schweren Verlusten verbundene Niederlage und wurden damit gezwungen, sich bis an die Karpaten zurückzuziehen. Im Süden waren alle drei Versuche nach Serbien einzudringen, zurückgeschlagen worden. Im Frühling 1915 kehrte sich das Kriegsglück jedoch um, obwohl sich jetzt auch Italien unter die Gegner gereiht hatte. Nach dem Durchbruch von Gorlice eroberten die deutschen und österreich-ungarischen Truppen Ostgalizien und die Bukowina zurück und besetzten das gesamte Kongreß-Polen. All das übte einen positiven Einfluß auf die Möglichkeiten auf dem südlichen, dem serbischen Kriegsschauplatz.

Vier Wochen nach dem Durchbruch von Gorlice kam ein Übereinkommen zustande, wonach sich Bulgarien in denn Angriff gegen Serbien einschalten sollte und so zu Gebietsgewinnen komme. Nicht zuletzt im Interesse der weiteren Neutralität Bulgariens, landete die Entente, unter stillschweigender Kenntnisnahme der noch neutralen griechischen Regierung, mit ihrer von den Dardanellen zurückgezogenen Armee an der griechischen Küste bei Saloniki. Auf diese Weise mußte Bulgarien im Falle eines Auftretens gegen Serbien mit einem Zwei-Fronten-Krieg rechnen. Aber die Ententestreitkräfte in Saloniki waren zu dieser Zeit noch nicht

bedeutend, sie zählten gerade 150 000 Mann, deshalb hatte diese Aktion keinen diplomatischen Erfolg.

Bulgarien kam auch mit der Türkei überein und erhielt die geforderten Gebiete. Daraufhin kam am 26. September ein Militärabkommen zwischen Bulgarien, sowie Deutschland und der Monarchie über den gemeinsamen Angriff gegen Serbien zustande.

Anfang Oktober begann ein neuer Feldzug gegen Serbien. Von Norden und Westen griff die 11. deutsche und die 3. österreich-ungarische Armee mit zehn deutschen und vier österreich-ungarischen Divisionen an. Die gegnerischen sechs serbischen Divisionen standen unter dem Oberbefehl von Mackenson. Von Osten her setzten sich in der stürmischen Nacht vom 13. zum 14. Oktober zwei bulgarische Armeen mit sechs Divisionen in Bewegung, denen vier serbische Divisionen gegenüberstanden. Die sich in der Überzahl befindenden Armeen der Zentralmächte besetzten innerhalb von zwei Monaten ganz Serbien. Der Vorteil in der Feuerkraft übertraf sogar die Proportionen in der Truppenstärke. Es wurden 42ger Mörser aufgeföhren, ja sogar Zeppelin-Luftschiffe eingesetzt. 100 000 serbische Soldaten waren gefallen oder verwundet, 160 000 gerieten in Gefangenschaft. Ein bedeutender Teil der serbischen Armee, insgesamt 150 000 Soldaten, denen es gelungen war aus der Einkreisung zur Adria vorzustoßen, wurden von den Verbündeten Serbiens auf die zu Griechenland gehörende Insel Korfu gebracht. Auf diese Weise wurde die serbische Armee nicht vernichtet. Später kämpfte sie in der Brückenkopfstellung in Saloniki, und diese Streitkräfte bildeten später den Kern der serbischen Armee, die gegen Ende des Krieges innerhalb der Ententestreitkräfte eine bedeutende Rolle spielte.

Später, Anfang 1916, besetzte die Monarchie Montenegro und zu drei Vierteln Albanien. Am 13. Januar hat Montenegro um Frieden, am 16. Januar mußte es die bedingungslose Kapitulation annehmen. Die bulgarische Armee drängte die englisch-französischen Truppen, die von ihrer Basis in Saloniki der serbischen Armee zu Hilfe geeilt waren, nach Griechenland zurück. Der Balkan gelangte in die Hände der Zentralmächte, in Südalbanien jedoch faßten die Italiener Fuß, in Griechenland die englisch-französische Expeditionsarmee, und im besetzten Serbien und Montenegro entbrannte ein Partisanenkampf. Nur in Albanien wurden die österreichisch-ungarischen Truppen mit einiger Sympathie empfangen, weil hier die Monarchie als Vertreiber der serbischen und montenegrinischen Besetzer erschien.

Im von der Monarchie im Herbst 1915 besetzten Serbien wurde eine Militärverwaltung geschaffen. Die Grenze zwischen der österreich-ungarischen und der bulgarischen Besatzungszone war die March. Die ungarische Regierung strebte eine dauerhafte Militärverwaltung, und, soweit es politische und ökonomische Maßnahmen betraf, ein den Intentionen der ungarischen Regierung entsprechendes Vorgehen derselben an. So schloß die dauerhafte Militärverwaltung die Annexion aus und konnte so die Bildung eines sich in die ungarische Interessenssphäre eingliedernden serbischen Vasallenstaates vorbereiten.

In diesem Sinn beschäftigte man sich im Ministerpräsidium mit der Einrichtung des besetzten Serbiens. Nach der hier ausgearbeiteten Vorlage „machen es die hiesigen Verhältnisse notwendig, daß die Militärregierung mit ihren summarischen Maßregeln noch 4–6 Jahre nach Friedensschluß bestehen bleibt ... Die k.u.k. Militärregierung soll in ihrem Wirken die ungarische Eigenart hervorheben ... die Direktiven giebt die ungarische Regierung.“²² Schon zu Beginn des Angriffs gegen Serbien und während der schrittweisen Besetzung arbeitete der ungarische Ministerpräsident auf die Verwirklichung dieser Konzeption hin. Im Oktober 1915 richtete er ein Memorandum an das AOK „betreffs der Verwaltung der zu besetzenden Gebiete in Serbien.“²³ Auch die Wirtschaftsfachleute ermunterte er zu Aktionen in diesen Gebieten. Am 30. Oktober schrieb er an Leó Lánczy, den Vorsitzenden der Handelsbank: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich einige unserer prominenten Industriellen zur Besichtigung der nördlichen und südlichen besetzten Gebiete bereit finden würden.“ Die Regierung werde befähigte Persönlichkeiten zur Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse entsenden, aber „die individuelle Mitarbeit interessierter Industrieller kann durch keine bürokratische Maßnahme ersetzt werden.“²⁴

Mit der Besatzungspolitik in Serbien beschäftigte sich der ungarische Ministerpräsident auch vor dem Abgeordnetenhaus: „Die ungarische Regierung – erklärte er – hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es schon allein wegen der sprachlichen Frage sinnvoller ist, in russisch-polnischen Gebieten in erster Linie österreichisches Verwaltungspersonal in Anspruch zu nehmen; sie hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß, wenn es zur Einnahme serbischer Gebiete komme, ebenfalls aus der Natur der Sache folgend, der Einsatz ungarischen Verwaltungspersonals zweckmäßiger sein wird ... Auch bei der Organisierung der serbischen Militärregierung muß die Tatsache zum Ausdruck gebracht werden, daß es hier um solche Gebiete geht, die in erster Linie in die ungarische Interessenssphäre fallen, die Interessenssphäre der ungarischen Nation berühren, und dem muß, meiner Meinung nach, nicht nur im ungarischen Interesse, sondern auch im richtig aufgefaßten Interesse der Monarchie Rechnung getragen werden, sowohl im Verwaltungsapparat, als auch in der Art der Behandlung, welche diese Verwaltung später den dortigen ungarischen Mitbürgern zuteillassen wird.“²⁵

Diese Serbien-Politik der ungarischen Regierung vertrug sich nicht mit den Vorstellungen des Generalstabschefs und des AOK. Die Schaffung einer Militärregierung in den besetzten Gebieten verstand sich von selbst, aber für Conrad bedeutete dies eine Annexion und die Einführung einer unter serbischer Führung stehender südslawischen Einheit innerhalb der Monarchie. Eben deshalb wollte er die Militärverwaltung zur Durchkreuzung der politischen und ökonomischen Bestrebungen der ungarischen Regierung benutzen. Dementsprechend stellte das AOK einen solchen Generalleutnant an die Spitze der Militärverwaltung des besetzten Serbiens, der – wie Tisza schreibt – „ein stark ungarnefeindlicher Anhänger der großkroatischen Richtung“ war.²⁶ Als Generalstabschef der Verwal-

tung dagegen wurde ein Oberstleutnant tschechischer Nationalität ernannt. Der ungarische Ministerpräsident konnte anfangs nur soviel erreichen, daß sein Vertrauter, Lajos Thallóczy, Abteilungsleiter des gemeinsamen Finanzministeriums, Landeszivilkommissar für Serbien wurde. Thallóczy versuchte Tisza's Intention zu verwirklichen, aber mit spärlichem Ergebnis. „Die Anstellung der Beamten – schrieb er in seinem Bericht vom 8. Februar – erfolgt ohne jedes System. In einem ist man konsequent: wer Ungar ist, der wird, nach Möglichkeit mit schönen Worten hinauskomplimentiert.“ Thallóczy verlor die Lust, nachdem er nicht erreicht hatte, und bat um seine Versetzung nach Albanien. Tisza überredete ihn jedoch zur Weiterarbeit: „Halt aus, beginne keine prinzipiellen Diskussionen über Deinen Wirkungskreis, wenn Du nicht dazu gezwungen wirst und bemühe Dich, soviel als möglich zu nützen und die Situation zu verbessern.“ Ähnliches schrieb auch Burián an Thallóczy und informierte Tisza darüber: „Ich habe ihm mitgeteilt, daß ich ihn nicht dorthin (d. h. nach Albanien – J. G.) schicken werde. Er soll vielmehr mit Geduld in Belgrad ausharren, weil seine Hauptaufgabe einstweilen nicht das Durchsetzen, sondern das Benachrichtigen ist.“²⁷

Mitte März fuhr Tisza in das teschener Hauptquartier, wo er mit Conrad, dem Generalstabschef und Großherzog Frigyes, dem Armeeoberbefehlshaber, verhandelte, um zu erreichen, daß die serbische Militärverwaltung im Zivilbereich den Direktiven der ungarischen Regierung folge. In zwei Briefen an Thallóczy vom 22. und 30. März berichtet er über die erreichten Ergebnisse: „der Statthalter wird unterrichtet werden, daß er Dir alle wichtigen Verwaltungsangelegenheiten zur Kenntnis bringt und darüber Deine Meinung erbittet.“ Großherzog Frigyes setzte außerdem in Aussicht, daß der Generalstabschef der serbischen Militärverwaltung ausgewechselt wird. „Mein Gesamteindruck ist der – schreibt Tisza – daß die Sache, wenn auch langsam, einen günstigen Verlauf nimmt; wir dürfen nicht wegen Anfangsschwierigkeiten stocken oder uns entmutigen lassen.“²⁸

Tisza beschäftigte sich schon im März mit dem Gedanken eines Serbien-Besuches. An Thallóczy schrieb er: „meine Reise dorthin ist natürlich privater Natur, da mein jetziger offizieller Wirkungskreis sich nicht auf Serbien erstreckt . . . mein Ziel ist nicht die Parade, sondern, mit eigenen Augen zu sehen und das eine oder andere mit den dortigen Herren zu besprechen.“ Die Reise nach Serbien fand Mitte Mai statt. Nachdem er von der dreitägigen Reise zurückgekehrt war, wandte er sich in einem umfangreichen Brief an den Oberbefehlshaber der Armee, Großherzog Frigyes. Darin forderte er erneut die Auswechselung der Führer der serbischen Militärverwaltung. Weiterhin betonte er, daß in ökonomischen und Verwaltungsangelegenheiten die Ungarn zur Geltung kommen müssen. Eine Kopie dieses Briefes sandte er an Conrad und Burián.²⁹ Der an Großherzog Frigyes gerichtete Brief gelangte auch zum Herrscher. Im Ergebnis von Tisza's Auftreten wurden im Juli die Führer der serbischen Militärverwaltung abgelöst. Der neue Generalgouverneur (General Rhemen) und der neue Generalstabschef (Oberst Kerchnawe) verfahren in Zivilangelegenheiten nach den Intentionen Burián's und Thallóczy's diese wiederum wurden in

ökonomischen und zivilen Fragen Serbiens in erster Linie von Tisza instruiert. Einige Monate später, Ende September, wurde die serbische Militärverwaltung von der zivilen getrennt. Der Chef der Zivilverwaltung wurde der Zivilkommissar (Thallóczy). Die Führer des von ihm ausgearbeiteten Organs der Zivilverwaltung waren ohne Ausnahme Leute der ungarischen Regierung. Tisza hatte also zunächst die Ziele seiner Serbien-Politik erreicht.³⁰

Anders gestaltete sich die Situation in Montenegro, das im Januar 1916 – noch vor der militärischen Besetzung – um Frieden gebeten hatte. Tisza hatte vor, eine positive Antwort zu geben und einen Separatfrieden zu schließen.³¹ Er meinte, daß er auch die Wiener Annektionsbestrebungen bremsen könne, sofern es hier nicht zu einer Besetzung käme. Es kam jedoch kein Separatfriede zustande, und Montenegro wurde militärisch besetzt. Hier konnte die ungarische Regierung nicht einmal den Versuch unternehmen, die zivile Verwaltung in ihre Gewalt zu bekommen. Häufig kritisierte sie jedoch das Vorgehen der montenegrinischen Militärverwaltung, nicht selten berief sie sich dabei auf die „Humanität“. Im Justizministerium wurde eine Note verfaßt, in der die Vorbereitung des Prozesses gegen den ehemaligen montenegrinischen Kriegsminister, General Radiomir, und seine Gefährten getadelt wurde: Die angewandten Methoden „sind schwer mit den Forderungen für alle zivilisierten Mächte verbindlichen Forderungen der Humanität und des Gewissens zu vereinbaren . . . , sie sind nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit der in den besetzten Gebieten praktizierten österreich-ungarischen Straßengerichtbarkeit vor dem Ausland zu erhöhen.“ Letzten Endes wurde die Note doch nicht abgeschickt, und es blieb bei der verbalen Form der Einwände.³² Diese Kritiken waren als Stichelei gegenüber der Militärregierung geeignet, kaum aber für ein offizielles Vorgehen, wurden doch von der ungarischen Regierung in ihrem eigenen Wirkungsbereich ähnliche Methoden praktiziert.

Die führende ungarische Schicht wollte die Eroberungen der Monarchie aufgrund des dualistischen Prinzips realisieren. „Egal um welche Provinz es sich handelt, – sagte der Ministerpräsident unter großer Zustimmung Ende 1915 im Abgeordnetenhaus – sei es eine Provinz, die wir durch diesen oder einen anderen Krieg erlangen, über die Frage, was mit dieser Provinz geschehen soll, kann nur mit dem Einverständnis und unter der Mitwirkung Ungarns entschieden werden. Das heißt nicht, daß wir dieses Gebiet unter uns aufteilen, sondern, daß wir in gemeinsamen Einverständnis über dessen Schicksal und über die Bedingungen und Modalitäten seiner Eingliederung entscheiden.“³³

Über die konkreten Ziele des Krieges gegen Rußland fand vor dem Krieg kein Gedankenaustausch statt. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, Anfang August, rechnete man noch nicht mit baldigen Erfolgen an der Ostfront, deshalb beschäftigte man sich in Budapest und Wiener Regierungskreisen mit der Klärung der Ziele, die Rußland betrafen. Eine Übereinstimmung wurde darin erzielt, daß man die zu Rußland gehörenden polnischen Gebiete abtrennen und auf die eine oder andere Weise an die Monarchie anschließen müsse. Die Führer der Monarchie rechneten also mit „Kongreß“-Polen so, als ob sie darüber zu bestimmen hätten.

Aus Burián's Tagebuchaufzeichnungen vom 7. August geht hervor, daß sich in Wiener Kreisen zwei Konzeptionen über die Eingliederung der erneut zu besetzenden polnischen Gebiete herausgebildet hatten. Die erste beinhaltete den Plan eines österreichisch-ungarisch-polnischen Trialismus, wobei jede Einheit eine Bevölkerung von etwa 20 Millionen umfassen würde. Die zweite Überlegung war der „erweiterte Dualismus“, in dem die neuen polnischen Gebiete an Österreich fallen und gleichzeitig Bosnien-Herzegowina – eventuell zusammen mit Dalmatien – an Ungarn angegliedert werden. Eine Woche später notierte er in seinem Tagebuch: „große Unschlüssigkeit – zwischen Dualismus und Trialismus“. Am 16. August telgraphiert er an Tisza: „Auch bei Stürgkh und Berchthold besteht der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Dualismus und der Vermeidung des reinen Trialismus; was aber die noch zu schaffende Struktur angeht, herrscht noch der größte Gedankenwirrwarr.“ Am 19. August schreibt er in sein Tagebuch: „Die allgemeine Auffassung tendiert nicht zum Trialismus, sondern neigt sich eher zur dualistischen Lösung des Problems. Tatsächlich schafft auch der Dualismus viele Schwierigkeiten, jedoch weniger, als der Trialismus.“³⁴

In einem an Burián gerichteten Informationsschreiben vom 11. August legt Tisza zum ersten Mal seine Überlegungen in diesem Zusammenhang dar. Als Ausgangspunkt hebt er hervor: das Grundprinzip sei „der Dualismus und die Aufrechterhaltung der Parität. Die ungarische Nation wird auf das Recht nicht verzichten können, wonach sie gegenüber den anderen Staaten, die unter das Recht des gemeinsamen Herrschers fallen, gleichberechtigt ist und durch diese nicht zu einem Majoritätsfaktor werden kann.“

Auch er plant die Annexion russisch-polnischer Gebiete, betont aber, daß „das sich uns anschließende Polen unter der Beibehaltung der dualistischen und paritätischen Struktur der Monarchie als ein Teil des österreichischen Staates seinen Platz innerhalb der Monarchie einnimmt. . . . Nur diese Lösung ist vom Standpunkt der ungarischen Nation annehmbar.“ Als Ausgleich für den Gebietszuwachs durch die polnischen Gebiete jenseits der Leitha wird ein direkter Anschluß Bosniens und Herzegowinas an Ungarn als eine bedingungslose Notwendigkeit angesehen.³⁵

Der Charakter dieser Stellungnahme war vom Ministerpräsidenten zu diesem Zeitpunkt als nur informativ bezeichnet worden. Dementsprechend sollte es – wie er seinem Minister schrieb – nur bei „vertraulichem Gedankenaustausch“ Verwendung finden; es solle dabei aber nicht der Eindruck erweckt werden, als wolle man „die Bärenhaut verkaufen, bevor man den Bären erlegt“ habe. Nach den Augusttagen konnten diese Fragen ein Jahr lang praktisch nicht zur Sprache gebracht werden, denn die polnischen und serbischen Gebiete gelangten erst im Sommer bzw. im Herbst 1915 unter die Besatzung der Zentralmächte. Als man sich nach der militärischen Besetzung mit diesen Fragen zu beschäftigen begann, trat Tisza im Geist jenes Briefes auf, den er im August 1914 an Burián geschrieben hatte.

Die ungarische Regierung verhandelte — als Körperschaft — zum ersten Mal im Oktober 1915 über die Kriegsziele. Tisza trug seine früheren Überlegungen vor, welche von der Regierung gebilligt wurden. Alle betonten das Festhalten am Dualismus, sowie die auf dieser Grundlage vonstatten gehende Realisierung der Kriegsergebnisse. Einzig der Finanzminister, János Teleszky, machte den Einwand, er sei, obwohl auch er es so wolle, was die Durchführung betrifft, Pessimist. Die Regierung legte dem gemeinsamen Ministerrat eine Denkschrift vor, in der sie das Festhalten am Dualismus betonte und ausführte, daß sie im Interesse der Parität Anspruch auf die Angliederung Bosnien-Herzegowinas und Dalmatiens an Ungarn habe, falls die russisch-polnischen Gebiete an Österreich angeschlossen würden.³⁶

Diese Bestrebungen, Bosnien und Herzegowina an Ungarn anzuschließen, geben eine Erklärung dafür, warum sich Tisza im Herbst 1915, als es in der Monarchie zu großen Versorgungsschwierigkeiten mit Lebensmitteln kam, von Österreich isolierte, sich aber bereit fand, Bosnien und Herzegowina wirkungsvoll zu unterstützen. „Unsere Pflicht ist es — schrieb er an den Landwirtschaftsminister — ihnen nicht nur die verhältnismäßig geringen Mengen zur Vermeidung der Hungersnot zu überlassen, sondern diese Frage mit solcher Wärme und einem solchen Eifer zu behandeln, der sie von unserem wohlwollenden und tatkräftigem Interesse überzeugt ... Große nationale Interessen stehen auf dem Spiel, und es wäre der größte Fehler, wenn wir dies bei der Behandlung der Frage vergessen würden.“³⁷

Der gemeinsame Ministerrat befaßte sich auf seiner Sitzung am 6. Oktober 1915 mit der polnischen, bzw. südslawischen Frage. Hier unterbreitete Tisza das Memorandum, erläuterte ausführlich den Standpunkt der ungarischen Regierung. Eine Entscheidung kam nicht zustande. Die Teilnehmer wollten den Dualismus beibehalten, aber die österreichischen Führer stellten sich darunter nicht eine paritätische Verstärkung der ungarischen Seite vor. Mit den südslawischen Plänen Tisza's erklärten sie sich nicht einverstanden.³⁸

Die Einverleibung Serbiens verwarf die ungarische Regierung auch nach der Besetzung des Landes, betrachtete jedoch den Beschluß vom 19. Juli 1914 als überholt. Sie stellte sich weiterhin gegen die völlige Annexion Serbiens, jedoch plante sie jetzt auch schon die direkte Annexion bedeutender Gebiete. Die Überschreitung des Juli-Beschlusses kündigte Tisza schon am 6. Oktober 1914 in einem Brief an Burián an: „Zu Serbien jetzt nur so viel: auf die Annexion größerer Gebiete können wir uns auch jetzt nicht einlassen, aber gerade der jetzige Krieg hat uns gelehrt, daß wir das Gebiet zwischen der unteren Drina und der Save mit einer solchen **Grenzlinie** erwerben müssen, die unseren Interessen unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und des Angriffs entspricht.“³⁹

Die Besetzung Serbiens war noch nicht beendet, als Tisza am 4. Dezember 1915 dem Herrscher in einem umfangreichen Memorandum den Standpunkt der ungarischen Regierung erläuterte: Das Territorium Serbiens müsse zugunsten Bulgariens, Albaniens und der Monarchie bedeutend

verkleinert werden. Von Montenegro müßten ebenfalls Gebiete zugunsten Albaniens und der Monarchie abgetrennt werden; außerdem müsse es vom Meer abgeschnitten werden. Die so bemessenen zwei Staaten „annektieren wir nicht, sondern schließen sie ökonomisch und militärisch — unter Bedingungen, die ihre ökonomischen Interessen befriedigen — an die Monarchie an.“ Eine Kopie des Memorandums ließ der ungarische Ministerpräsident an den Kronprinzen und den Aussenminister schicken.⁴⁰ Conrad ist auch jetzt ein Anhänger der vollständigen Annexion, die südslawische Frage will er innerhalb der Monarchie lösen. Auch er fertigte einen diesbezüglichen Vorschlag an. Tisza widerlegte Conrads Argumente in einem umfangreichen Brief, mit dem er sich am 30. Dezember an den gemeinsamen Kriegsminister wandte, und in dem er erneut seine Ansichten darlegte. Eine Kopie sandte er an den Herrscher, sowie an den Kronprinzen und die zwei gemeinsamen Minister.⁴¹ Nach diesem Vorspiel fand Anfang 1916 auf der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates eine große Diskussion über die serbische Frage statt. Im wesentlichen ging es um das alte Problem: die Lösung der serbischen Frage innerhalb der Monarchie (durch Annexion) oder außerhalb (Vasallenstaat).⁴² Tisza legte erneut die Serbien-Politik der ungarischen Regierung dar: nach bedeutenden Annexionen solle man Serbien als Vasallenstaat so gestalten, daß es sich in erster Linie in die Interessensphäre der ungarischen Staatsführung und des ungarischen Kapitals einfüge.

Im Sommer 1916 wandelte sich die militärische Situation erneut zum Schlechten. Die Brusilow-Offensive und der Angriff Rumäniens brachte die Monarchie an den Rand des Zusammenbruchs. Die deutsche Hilfe bewahrte sie zwar davor, aber von dieser Krisensituation konnte sie sich nie mehr richtig erholen. Dieses Milieu bestimmte im Januar 1917 die Debatte des gemeinsamen Ministerrats über die Kriegsziele. Man mußte die Eingliederung der besetzten polnischen Gebiete in die deutsche Machtsphäre zur Kenntnis nehmen, auf dem Balkan jedoch versuchte man noch immer, die Machtpositionen auszuweiten.

Tisza hielt in der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates die Lösung der serbischen Frage für das Wichtigste: „Der Hauptausgangspunkt unserer Politik ist die Sicherung unserer Interessen auf dem Balkan ... Der Leitfaden unserer Balkanpolitik ist die größtmögliche Schwächung Serbiens und die größtmögliche Stärkung Bulgariens.“ Diesen Interessen entsprechend könne auch die bulgarisch-ungarische Grenze am Eisernen Tor verwirklicht werden. So könne auch die in die Türkei führende Eisenbahnlinie unter Umgehung Serbiens ausgebaut werden. Das zu Bulgariens Gunsten verkleinerte Serbien und das vom Meer abgetrennte Montenegro könnten sich vereinigen und in einer Zollunion an die Monarchie anschließen.

Der österreichische Ministerpräsident sprach sich für die Schaffung einer südslawischen Einheit innerhalb der Monarchie aus. Der ungarische Ministerpräsident wies dies sofort zurück: es sei unreal und entspreche nicht den Interessen der Monarchie. Conrad, der an dieser Ministerratssitzung noch teilnahm, teilte den Standpunkt des österreichischen Ministerpräsi-

denten. Czernin war wankelmütig: es sei zwar unreal, aber nicht ohne Vorteil. Tisza betonte daraufhin: „Die Annexion Serbiens und die Vereinigung aller südslawischen Gebiete würde nicht nur für Ungarn, sondern für die gesamte Monarchie das größte Unglück bedeuten und hätte unzweifelhaft katastrophale Folgen.“

Die Ergebnisse der Debatte faßte der Herrscher, der den Vorsitz führte, zusammen: „... in der polnischen Frage ist der Status quo beizubehalten; unser Hauptkriegsziel ist die Wahrung der Integrität der Monarchie; die weitere Existenz Serbiens ist zu sichern, und schließlich ist eine Annäherung an Rußland zu erreichen.“⁴³

Ohne Zweifel waren die Ziele, die auf der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates im Januar 1917 formuliert wurden, viel bescheidener als die früheren. Ungeachtet dessen entsprachen sie jedoch noch weniger den tatsächlichen Verhältnissen. In der Zwischenzeit waren nämlich in der südslawischen Bewegung innerhalb und außerhalb der Monarchie bedeutende Veränderungen vor sich gegangen, die einer Wende gleichkamen.

Die Richtung der Nationalitätenpolitik der Monarchie, welche eine Lösung der Nationalitätenfrage innerhalb der Monarchie befürwortete, verschwand im Jahre 1917 immer mehr; die Tendenzen, die in Richtung der Herausbildung eines neuen Staatssystems wiesen, traten immer stärker hervor. Diese Wende hatte sich in ihrer programmatischen Totalität schon viel früher in den verschiedenen Emigrantenkreisen der Nationalitäten abgezeichnet, im Programm der Entente-Regierungen jedoch erst später, im Frühjahr 1918. Die Grundzüge zeigten sich während des Weltkrieges, in konzentrierter Form im Jahre 1917, in der Nationalitätenbewegung innerhalb des Landes. Diese Wende, welche im Moment der militärischen Niederlage vollendet wurde, nährte sich aus tiefen Wurzeln, die Jahrzehnte zurückreichten. Zu der Wende kam es durch die gedrängten, Jahrzehnte aufwiegenden Ereignisse der ersten Jahre des Weltkrieges. Eine große Bedeutung erlangte die Forcierung und Verrohung der nationalen Unterdrückung während der Kriegsjahre, in einer Zeit, wo sich unter den Großmächten Gönner der Nationalitätenbewegungen fanden, wo man sich auch in den Kriegszielprogrammen der Lancierung der Nationalitäteninteressen anpaßte. Ebenfalls grundlegend ist die sich immer mehr verschlechternde, aussichtslos werdende Situation der Monarchie, nicht nur wegen ihrer Niederlagen und der inneren Zerrüttung, sondern auch im Hinblick auf ihre ständig wachsende Abhängigkeit von Deutschland. Unter den Faktoren, die der Wende einen Impuls gaben, finden wir auch die russische Revolution, welche die nationale und gesellschaftliche Befreiung verkündete.

In Österreich konnte sich das Programm der nationalen Bewegungen offener artikulieren, besonders nach der Einberufung des unter slawischer Mehrheit stehenden Reichsrates, nach dem Mai 1917. Der südslawische Klub des österreichischen Abgeordnetenhauses forderte die Vereinigung der in der Monarchie lebenden Südslawen (Slowenen, Kroaten, Serben) innerhalb des Reiches. Die sich darauf beziehende Erklärung wurde dem Reichsrat von den slowenischen Abgeordneten am 30. Mai vorgelegt.

Die Führer der Ententemächte nahmen sich im Jahre 1917 verstärkt den tschechoslowakischen und südslawischen Emigrantenkreisen an. Deren Gewicht wuchs auch dadurch, daß sie Mitte 1917 aus den Kriegsgefangenen in Rußland tschechoslowakische und jugoslawische militärische Einheiten zugammensetzten, welche bereits an der Kerenski-Offensive teilnahmen. Durch das Zustandekommen der „Erklärung von Korfu“ kam die südslawische Emigrantenbewegung einen großen Schritt voran. Am 20. Juli 1917 wurde von serbischer Seite durch Pasic, seitens des Londoner Jugoslawischen Komitees durch Trumbic ein Abkommen über die Bildung eines serbisch-kroatisch-slowenischen förderativen Staates unter Beibehaltung der Karadjordjevic-Dynastie unterzeichnet.

Ende 1916 sowie in den ersten Monaten des Jahres 1917 machte die Wiener Regierung Zugeständnisse an die Nationalitäten, um sie so zu zersetzen, gleichzeitig versuchte die von der Clam-Regierung geplante „Neuordnung“, die österreichischen Zentralisten zu stärken. Die neue Ära zeigte sich auch im besetzten Serbien. Die Militärregierung, die zwar nicht verschwand, nahm jedoch im Juli 1917 einen stark zivilen Charakter an, wandte ihre Aufmerksamkeit der Verbesserung des Ackerbaus und der Viehzucht zu.

Von Tisza's Standpunkt aus schienen die Vereinigungsbestrebungen der Tschechoslowaken und der Südslawen fast identisch zu sein, ob sie dies nun innerhalb der Monarchie, oder durch deren Auflösung verwirklichen wollten. Beide Bestrebungen strebten die Abtrennung der von Slawen bewohnten nördlichen und südlichen Gebiete Ungarns an, sowie die Vereinigung in einem anders gearteten Staatsgebilde, welches nicht unter der Hegemonie der ungarischen herrschenden Klasse steht, entweder innerhalb, oder außerhalb einer umgestalteten Monarchie. Die ungarische Regierung trat auch gegen die letzte Forderung energisch auf.

Auch die Entfaltung des Angriffs gegen die Tisza-Regierung im Parlament, sowie dessen schließlicher Erfolg, änderten nichts an der Nationalitätenpolitik der herrschenden Klasse Ungarns. Im Verlauf dieses konzentrierten Angriffs zeigte sich bei zahlreichen Gelegenheiten, daß die Opposition im ungarischen Parlament — abzüglich der Károly-Partei und einiger Abgeordneter, die sich ihr anschlossen — in den grundlegenden Fragen der Kriegs- und Nationalitätenpolitik nicht von der politischen Linie der Regierung abwich. Während die Opposition für bestimmte Veränderungen in der Regierungspolitik eintrat, forderte sie gleichzeitig eine Politik der starken Hand gegenüber den Nationalitäten, wobei sie noch die Tisza-Politik übertraf, und warf der Regierung auf diesem Gebiet — speziell in der Kroatien-Politik, ähnlich, wie in der Kampagne von 1914 — Unentschlossenheit vor.

So wird es verständlich, daß Tisza, der im Frühjahr 1917 gestürzt wird, zu einem der Hauptinspiranten der Nationalitätenpolitik der Wekerle-Regierung wird. Die Wekerle-Regierung folgte auf diesem Gebiet tatsächlich ungebrochen der Linie ihres Vorgängers. In diesem Zusammenhang wird die letzte Rolle Graf Tisza's bei der Gestaltung der südslawischen Politik verständlicher.

Wie wir gesehen haben, verfolgten die führenden Kreise der Nationalitäten in der Mehrzahl eine austrophile Politik, wobei sie damit rechneten, daß sie die für sie vorteilhaften Bedingungen der nationalen Entwicklung innerhalb der Monarchie erreichen würden. Die Lostrennung wurde damals von der Opposition propagiert. Auch die Bestrebungen der Entente waren in den ersten Kriegsjahren nicht auf die Auflösung der Monarchie gerichtet. Im letzten Kriegsjahr jedoch änderte sich alles. Die Gewißheit der militärischen Niederlage der Monarchie, deren innere Zerrüttung, sowie der sich revolutionierende Kampf der Nationalitäten für soziale und nationale Ziele machten die Wende, die sich 1917 in der Nationalitätenpolitik der Bourgeoisie abzeichnete, unumkehrbar. Die auf nationale Unabhängigkeit gerichtete Politik verband sich bei der Bourgeoisie mit der Politik der Abschwächung des inneren Klassenkampfes und der Abwehr der sozialen Revolution. Diese Zusammenhänge spielten auch eine Rolle bei der Abkehr von der austrophilen Politik, die grundlegende Ursache dafür war jedoch der Umstand, daß die austrophile Politik in der ersten Hälfte des Jahres 1918 immer mehr zu einer irrationalen Politik wurde. Die Nationalitäten wünschten nicht den Sieg der Monarchie, sondern den der Ententemächte. Infolge dieser Lage gingen die nationalen Bourgeoisien in der ersten Hälfte 1918 zu jener Politik über, welche zu Kriegsbeginn von der Opposition verkörpert worden war: die Lösung der nationalen Frage müsse durch Loslösung von der Monarchie erfolgen.

Das Zustandekommen einer gemeinsamen Plattform zwischen den Emigranten und der Bewegung in Land wird auf eigenartige Weise durch den Kongreß von Rom und dessen Auswirkungen markiert. Am 8. April 1918 hielten die Vertreter der Kriegsgefangenen, die Angehörige von innerhalb der Monarchie lebenden Nationalitäten waren, und Emigrantenpolitiker einen großangelegten Kongreß ab: außer den jugoslawischen, tschechoslowakischen und polnischen Nationalitäten waren die serbische Skuptschina und die siebenbürgischen Rumänen vertreten. Die italienische Regierung unterstützte den Kongreß, dessen Beschluß zum Ausdruck brachte, daß die unterdrückten Nationalitäten der Monarchie nicht länger innerhalb des Reiches leben wollen und eine unabhängige, staatliche Existenz fordern. Dieser Beschluß widerspiegelte zweifellos die Stimmung unter den Nationalitäten.

Hatten die führenden Kreise der Monarchie die Bedeutung der erneuten Herausbildung der Nationalitätenbewegung ermessen? Auf der gemeinsamen Ministerratssitzung am 30. Mai wurde die südslawische Frage als dringendes Thema zur Diskussion gestellt. Außer den gemeinsamen Ministern und den zwei Ministerpräsidenten waren der kroatische Ban und der Landeshauptmann von Bosnien-Herzegowina erschienen. Alle betonten übereinstimmend, mit reiner Gewalt könne man gegenüber der südslawischen Bewegung nichts erreichen, man müsse unbedingt konstruktive Schritte unternehmen. Das deutet darauf hin, daß man die Bedeutung der neuen südslawischen Ereignisse erkannt hatte. Jedoch alles, was als Lösung vorgeschlagen wurde, zeigt, daß man nicht einmal in die Nähe der real gewordenen nationalen Ansprüche der Südslawen gelangt war;

außerdem war man auch aufgrund innerer Widersprüche handlungsunfähig. Die Ministerratssitzung wurde ohne jedes Ergebnis abgeschlossen; interessant ist es jedoch, die verschiedenen Standpunkte zu betrachten.

Burián, der seit einigen Wochen wieder gemeinsamer Kriegsminister war, unterstrich, daß man „mit repressiven Maßnahmen allein nichts, bzw. nicht genügend erreicht“, jedoch entwarf er kein konstruktives Programm, sondern legte dar, welchen Rahmen man nicht überschreiten dürfe: die Lösung müsse „im Rahmen der gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Grundlage, d.h. unter Beibehaltung des Dualismus gesucht werden. „Ein großes südslawisches Reich kann nicht in die Struktur der Monarchie eingegliedert werden, deshalb ist dessen Bildung zu verhindern.“

Auch Wekerle ging davon aus, daß man „etwas tun muß“: man solle Dalmatien an Kroatien anschließen – damit befriedige man der kroatischen Nationalismus –, jedoch das Verhältnis zwischen Kroatien und Ungarn solle unverändert bleiben. Als Gegengewicht für den kroatischen Gebietszuwachs solle Bosnien-Herzegowina als *corpus separatum* an Ungarn angegliedert werden. Da so das Reich der ungarischen Krone auf Kosten Österreichs wachsen würde, schlug er als Rekompensation die österreichisch-polnische Lösung vor: das mit Kongreß-Polen vereinigte Galizien würde ohne Verletzung des Dualismus zum Reichsgebiet jenseits der Leitha gehören. Wir haben gesehen, daß Tisza mit dieser Konzeption schon 1915 aufgetreten war; in der damaligen Situation hielt er sie jedoch für unreal und erwartete ihre Verwirklichung von zukünftigen günstigen Veränderungen. Die folgenden Ereignisse brachten jedoch ungünstige Veränderungen. Im Mai 1918 wird dieser Plan vollkommen unreal. Einerseits kam die österreichisch-polnische Lösung wegen der Deutschen nicht in Frage, andererseits konnte man die südslawische Frage nicht mehr damit erledigen, indem man einige Zugeständnisse an den kroatischen Nationalismus machte, und die Kroaten gegen die Serben ausspielte. Daneben hätte der Anschluß von Bosnien-Herzegowina an Ungarn das südslawische Problem keinen Schritt vorangebracht, denn vom Standpunkt der Zersplitterung der Südslawen war es völlig egal, ob dies nun eine Realität unter kaiserlich-königlicher, oder nur unter königlicher Krone ist.

Der österreichische Ministerpräsident Seidler wollte die Südslawische Frage, im Gegensatz zu Burián und Wekerle, auf trialistischer Grundlage lösen: man solle durch die Vereinigung von Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Dalmatien eine südslawische Einheit innerhalb der Monarchie schaffen, Slowenien jedoch solle im Rahmen Österreichs verbleiben.

Mihalović, der kroatische Ban, teilte keine der beiden Meinungen: man solle Bosnien-Herzegowina und Dalmatien an Kroatien anschließen, aber die staatsrechtliche Situation des so vergrößerten Kroatiens solle unverändert bleiben. Das heißt, der Zuwachs Kroatiens solle nicht die kroatisch-ungarische Union und den Dualismus berühren. Der Standpunkt des Ban entsprach nicht der Auffassung der ungarischen Regierung, die ein so großes Kroatien auch im Rahmen der Sankt-Stephans-Krone nicht akzeptierte. Mihalović war zwar in seiner Eigenschaft als Ban der Exponent der ungarischen Regierung in Kroatien, gleichzeitig mußte er je-

doch mit den Parteien des zagreber Provinziallandtages regieren. Mihalo-
vić, so scheint es, versuchte einen Kompromiß zwischen dem ungarischen
und dem kroatischen Nationalismus zu schließen.

General Sarkotic, Landeshauptmann von Bosnien-Herzegowina,
blieb im Rahmen der bisher aufgetauchten Vorschläge und unterstützte
die Lösung, welche die Vereinigung der Provinz mit Kroatien vorbereiten
würde. Wenn das unausführbar sei, bleibe nichts anderes übrig, als Bosnien-
Herzegowina also *corpus separatum* an Ungarn anzuschließen. Nach Mei-
nung des Generals könne jedoch keiner der Vorschläge eine tatsächlich
wirksame Lösung bringen. Man müsse die Annexion Serbiens und Mon-
tenegros in Erwägung ziehen, sagte er. So würden alle südslawischen Teile
in die Monarchie gelangen, und dann wäre das Problem auf dualistischer
Grundlage lösbar: die Kroaten würde man an Österreich, die Serben an
Ungarn anschließen. Mit Billigung des Herrschers lehnte Burián diesen
Vorschlag auf der Stelle ab, wobei er sich darauf berief, daß die Einverlei-
bung Serbiens und Montenegros den Frieden mit der Entente unmöglich
machen und den Krieg zumindest verlängern würde, obwohl es weder im
Interesse der Monarchie, noch im Interesse der Verbündeten läge, daß man
auch nur einen Tag länger für die Annexion Serbiens und Montenegros
kämpfe.

Wie die Ministerratssitzung im Mai anschaulich zeigte, wußten die
Führer der Monarchie sehr gut, daß „in der südslawischen Frage etwas ge-
schehen muß“ (die Worte des Herrschers), sie waren aber unfähig, einen
gangbaren Weg zu zeigen. Die Diskussion fand in einer Situation statt,
wo man noch auf den deutschen Sieg im Westen vertraute und damit
zusammenhängend auch darauf, daß man auf der Grundlage eines mini-
malen Balkanprogramms Frieden schließen könne. Nicht einmal in dieser
außenpolitischen Konstellation war man in der Lage, in der südslawischen
Frage einen mehr oder weniger realen Gedanken aufzugreifen: Die ein-
zige Entscheidung des Ministerrates war: die beiden Regierungen beraten
weiter über diese Frage.⁴⁴

Nach der deutschen Niederlage und der „Laibacher Deklaration“
vom 17. August konnte man die Entscheidung nicht länger hinauszögern.
Die Hussarek-Regierung, welche Ende August die Seidler-Regierung ab-
löste, suchte eine förderative Lösung. Am Hof und in den führenden Krei-
sen Österreichs gab es auch schon früher viele Anhänger einer dualisti-
schen Umgestaltung, und auch jetzt sahen viele darin den Ausweg. Die
ungarische Führungsschicht wollte noch immer nichts von einer südsla-
wischen Einheit wissen. Sie widersetzten sich nicht nur einer dualisti-
schen Lösung, sondern auch einer Lösung unter der Sankt-Stephans-Krone.
Weder im Kreis der Regierungsparteien, noch der Arbeitspartei, noch im
Kreis der Oppositionsparteien nahm man sich der Sache an. Am 31.
August tagten die beiden Ministerpräsidenten über die südslawische Frage.
An der Besprechung nahm auch der Landeshauptmann von Bosnien-
Herzegowina, Baron Sarkotic teil. Wekerle widersetzte sich unverändert
der Vereinigung Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens auch unter der Ägide
der ungarischen Krone, und wollte Bosnien-Herzegowina als *corpus sepa-*

ratum an Ungarn anschließen. Diese Lösung hatte Sarkotić im Mai noch für durchführbar gehalten, obwohl er es auch damals nicht für sachdienlich hielt, jetzt jedoch — so sagte er — sei die südslawische Einheit innerhalb der Monarchie das Minimum, welches unter der Sankt-Stephans-Krone verwirklicht werden müsse. Der Baron sandte seinem direkten Vorgesetzten, dem gemeinsamen Finanzminister Spitzmüller-Harmersbach, eine Meldung über die Budapester Beratung: „Der Verlauf der Besprechung rief in mir den Eindruck hervor, daß in Ungarn die Ereignisse, die sich im Moment im Süden zum Teil offen (der Laibacher Kongreß), zum Teil geheim abspielen, sowie die Notwendigkeit der schnellen und angemessenen Lösung der südslawischen Frage, noch immer in einem gewissen Grad unterschätzt werden.“⁴⁵

Es war allgemein bekannt, daß Wekerle's Standpunkt in der südslawischen Frage in Wirklichkeit der Standpunkt Tisza's war. Deshalb beauftragte der Herrscher in der Audienz am 6. September Tisza, eine Reise nach Kroatien, Dalmatien, Herzegowina und Bosnien zu unternehmen. Er solle als „homo regius“ die Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung untersuchen und Maßnahmen zu deren Verbesserung ergreifen.⁴⁶ Der Herrscher wollte Tisza durch die dortigen Erfahrungen für die Verwirklichung einer südslawischen Einheit innerhalb der Monarchie gewinnen. Er hatte jedoch nicht damit gerechnet, daß Tisza auch Erklärungen abgeben würde. So schrieb er in einer späteren Randbemerkung: „Tisza hatte nicht den Auftrag, irgendeine Erklärung abzugeben. Es ging darum, Tisza durch die Südslawen zu überzeugen.“⁴⁷ Auch Tisza schrieb darüber kurz vor seiner Abreise in einem Brief vom 10. September: „Meine eigentliche Aufgabe ist die Erkundung und Meldung der politischen Verhältnisse (südslawische Agitation usw.).“⁴⁸

Die Reise durch Kroatien, Dalmatien, Herzegowina und Bosnien dauerte vom 13. bis 26. September. Ihr Höhepunkt war der Besuch Sarajewos am 20. und 21. September. Hier übermittelten ihm die Mitglieder des Provinziallandtages eine Deklaration, in der sie sich über den schweren Terror gegenüber der Bevölkerung beschwerten, sowie eine Amnestie und Schadenersatz begehrten. Weiterhin forderten sie die Wiederherstellung der Selbstverwaltung und brachten die ähnlichen Forderungen der anderen südslawischen Provinzen zum Ausdruck. Am nächsten Tag empfing Tisza die Unterzeichner der Deklaration so, wie ein Feudalherr seine Leibeigenen: „Meine Herren! Wenn wir ernsthaft miteinander sprechen wollen — dann lassen sie die Losung des Selbstverwaltungsrecht sein! ... Bin ich hieher gekommen um mir diesen Unsinn anzuhören? ... Sie machen die Rechnung ohne den Wirt! Wir werden die Kraft haben, jene Männer zu zerstampfen, die sich den Spielen, die der Feind im Inland betreibt, hingegen haben.“⁴⁹ Der Landeshauptmann schrieb dazu in seiner Meldung: „Die Abordnung machte kehrt und verließ Graf Tisza.“⁵⁰ Tisza aber diktierete noch dem Stenographen: „Die dualistische Struktur der Monarchie und die staatliche Gemeinschaft mit Kroatien sind die unverrückbaren Grenzen, zwischen denen sich die gesamten Pläne und Bestrebungen von Bosnien-Herzegowina bewegen können.“ Das, was Tisza den bosnjakischen

Führern gesagt hatte, war so unzeitgemäß, daß Sarkotić das Ganze am liebsten geheimgehalten hätte. Wie er nach Wien meldete: „es ist in so scharfem Ton gehalten, daß ich es mit dem Hughes-Apparat, nicht weitergeben will.“⁵¹ Baron Sarkotić, der Landeshauptman, der Tisza begleitete, schrieb später selbst über diese Szene, daß der Graf in ihm den Eindruck eines Menschen hervorrief, „der vor sich plötzlich einen Abgrund erblickt, den Schwindel befällt, und der weder einen Schritt nach vorn, noch einen Schritt zurück machen kann.“⁵²

Zu all dem ist kaum ein Kommentar nötig. Die Nationalitätenpolitik der ungarischen adeligen Führungsschicht, repräsentiert durch die Person Tisza's, war vollständig bankrott gegangen.

ANMERKUNGEN

- ¹ Magyar Statisztikai Közlemények (Ungarische Statistische Mitteilungen), Bd. 61. Az 1910. évi népszámlálás (Die Volkszählung von 1910), Bd. 5, S. 116.
- ² Magyar minisztertanácsi jegyzőkönyvek az első világháború korából 1914–1918 (Protokolle des ungarischen Ministerrats aus der Zeit des ersten Weltkrieges 1914–1918), zusammengestellt von Iványi, E., Bp. 1960 (im weiteren: Min. tan. jkv.) 1914, 31. August, S. 86–87.
- ³ Gróf Tisza, István: Összes munkái (Graf István Tisza: Gesamte Werke), 4. Folge, Bd. II–VI Levelek (Briefe), Bp. 1924–1937. (Im weiteren: Tisza), Bd. VI, S. 374.
- ⁴ Képviselőházi Napló (Journal des Abgeordnetenhauses), 28. Juli 1914.
- ⁵ Református Egyház Zsinati Levéltára. Tisza iratok. A (Synodalarhiv der Reformierten Kirche, Tisza Dokumente), (im weiteren: REZsL Tisza), 21. Posten, Dokument Nr. 389
- ⁶ Tisza, Bd. II, S. 126.
- ⁷ ebd., S. 125.
- ⁸ siehe z. B. Tisza, Bd. II, S. 10–11.
- ⁹ Országos Levéltár (Landesarchiv), (im weiteren: O. L.) 578. Ausg. Registernr. 147.
- ¹⁰ REZsL Burián iratok (REZsL Burián Dokumente), (im weiteren: REZsL Burián), 41. Posten, távirati könyv (Telegraphenbuch) 1913–1914.
- ¹¹ O. L. 578. Ausg., Registernummer 148 und 152.
- ¹² Tisza, Bd. II, S. 135–142.
- ¹³ Siehe z. B. Tisza, Bd. III, S. 179.
- ¹⁴ ebd. S. 114–115.
- ¹⁵ Siehe dazu Kiszling, R.: Das Nationalitätenproblem in der Habsburger Wehrmacht 1848–1918. Donauraum 1959/2, S. 90.
- ¹⁶ Tisza, Bd. III, S. 99.
- ¹⁷ REZsL Balogh iratok (Balogh Dokumente), (im weiteren: REZsL Balogh) 10. Faszikel.
- ¹⁸ Siehe dazu Zeman, Z. A. B.: The Break-up of the Habsburg Empire 1914–1918. London – New York – Toronto 1961, S. 57–58.
- ¹⁹ Tisza, Bd. IV, S. 128.
- ²⁰ O. L. 578 Ausg., Registernummer 204.
- ²¹ ebd. Registernummer 268.
- ²² O. L. 467. Ausg., Dokument Nr. 251/1916.
- ²³ Tisza, Bd. IV, S. 191.
- ²⁴ ebd. S. 236.
- ²⁵ Képviselőházi Napló (Journal des Abgeordnetenhauses), 9. Dezember 1915.
- ²⁶ Tisza, Bd. IV, S. 302.
- ²⁷ ebd. Bd. V, S. 1–3.
- ²⁸ ebd. S. 4–7.
- ²⁹ ebd. S. 8–21.
- ³⁰ Zur ganzen Frage siehe Szabó, D.: A magyar álláspontok helye a Szerbiával szembeni hadicélok rendszerében (1915–1918), Der Platz der ungarischen Standpunkte im System der Kriegsziele gegenüber Serbien (1915–1918), Bp. 1976.

- ³¹ Tisza, Bd. IV, S. 369–373.
³² O. L. 578. Ausg., Registernummer 309.
³³ Képviselőházi Napló (Journal des Abgeordnetenhauses), 1. Dezember 1915.
³⁴ REZsL Burián, 5. Posten, Napló (Tagebuch) 1913–1914; 41. Posten, Távirati könyv (Telegraphenbuch) 1913–1914.
³⁵ Tisza, Bd. II, S. 61–64.
³⁶ Min. tan. jkv. S. 194–197.
³⁷ Tisza, Bd. IV, S. 267–268.
³⁸ Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1914–1918. Bp. 1916 (im weiteren: Protokolle), S. 285–314.
³⁹ REZsL Balogh 10. Faszikel.
⁴⁰ Tisza, Bd. IV, S. 295, 301–302.
⁴¹ ebd. S. 336–346.
⁴² Protokolle, S. 352–380.
⁴³ ebd. S. 441–452.
⁴⁴ ebd. S. 661–668.
⁴⁵ Tonelli, S.: Tisza István utolsó útja. (István Tisza's letzter Weg), Szeged 1941, S. 130.
⁴⁶ Nádasdy, B.: Az utolsó kísérlet 1918. Der letzte Versuch 1918), Bp. 1938, S. 27 (Nádasdy war der zugeteilte Begleiter Tiskas auf dessen Reise).
⁴⁷ Werkmann, K. F.: Deutschland als Verbündeter. Berlin 1931, S. 309 (Baron Werkmann war der Sekretär des neuen Herrschers, Karol.)
⁴⁸ REZsL Tisza, 41. Posten.
⁴⁹ Nádasdy a. Werk, S. 191–192.
⁵⁰ Tonelli a. Werk, S. 1939.
⁵¹ ebd. S. 140.
⁵² ebd. S. 121.